

Extraktivistische Biopolitik

Konflikte um Körper und Territorien im südlichen Bergbaukorridor Perus

Ali Heuser und Anna Preiser¹

Der Export großer Mengen unverarbeiteter metallischer Rohstoffe stellt seit der Kolonialzeit einen integralen Pfeiler der Wirtschaft Perus dar. Die Ausbeutung von Rohstoffen – beruhend auf einem extraktivistischen Entwicklungsmodell – setzt sich bis heute fort. Kupfererz ist mit einem Anteil von 22,7 Prozent das wichtigste Exportprodukt Perus (OEC 2021). Nach Chile liegt dort der weltweite Schwerpunkt der Kupferförderung (Müller 2022). Gleichzeitig wird Kupfer seit 2023 von der Europäischen Kommission (2023) als strategischer Rohstoff für die Mobilitäts- und Energiewende eingestuft (siehe Beitrag von Mathias Krams in diesem Band). Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Nachfrage von 51 Prozent bis 2050 werden geopolitische Fragen um den Zugang zentral (Gregoir 2022). Der Abbau von Kupfer führt jedoch zu territorialen Eingriffen mit sozio-ökologischen Auswirkungen – Aspekte, die in geopolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen oftmals ausgeblendet werden.

In diesem Beitrag beleuchten wir daher anhand zweier Fallbeispiele im südlichen Bergbaukorridor Perus die Mechanismen der Ausweitung des Kupferbergbaus und die daraus resultierenden öko-territorialen Konflikte. Wir vertreten die These, dass sich der Bergbauextraktivismus als biopolitisches Projekt in Körper und Territorien einschreibt und dabei das soziale Leben (inkludierend die Geschlechterverhältnisse) tiefgreifend verändert. Theoretisch-konzeptionell stützt sich unsere Analyse auf die Ansätze der extraktivistischen Biopolitik (Hoetmer 2013) und der Körper-Territorien der kommunalen Feminismen aus Lateinamerika (Paredes 2017). Wir machen dabei eine geschlechtersensible Perspektive in der Analyse von Konflikten stark, die die Verteidigung des Lebens in den Vordergrund stellt.

Die extraktivistische Biopolitik stellt einen wirkmächtigen Internalisierungsmechanismus für sozio-ökologische Kosten dar, der allerdings umkämpft bleibt

¹ Für kritisches und hilfreiches Feedback danken wir Felix Dorn, Michelle Hutterer, Carla Ostermayer, Nina Schlosser, Markus Wissen sowie anderen Autor*innen dieses Bandes.

(siehe Beitrag von Nina Schlosser und Markus Wissen in diesem Band). Sie schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für den Rohstoffabbau als Voraussetzung der angestrebten Energiewende. Die damit einhergehende tiefgreifende Transformation verunmöglicht nach Hoetmer (2013) Alternativen zum extractivistischen Modell und ist insbesondere auf lokaler Ebene von Widerständen geprägt. Eine multiskalare Perspektive auf Körper und Territorien nimmt globale, nationale und lokale Dynamiken sowie alltägliche und soziale Beziehungen in den Blick. So ermöglicht sie es, differenzierte Facetten umkämpfter Transformationen in öko-territorialen Konflikten zu erfassen. Empirische Grundlage sind qualitative Daten, die wir von 2019 bis 2024 in Form von teilstrukturierten Interviews und Beobachtungsprotokollen im südlichen Bergbaukorridor Perus erhoben haben. Hier situieren sich die industriellen Kupferbergbauprojekte Tia María und La Tapada im Tambotal (Region Arequipa) sowie Tintaya-Antapaccay in der Provinz Espinar (Region Cusco).

Im nächsten Abschnitt nehmen wir eine historisch-politische Kontextualisierung von Bergbaukonflikten in Peru vor. Daran anknüpfend stellen wir die Konzepte der extractivistischen Biopolitik und des Körper-Territoriums vor. In der Analyse greifen wir zentrale Mechanismen der extractivistischen Biopolitik auf und arbeiten anhand der Fälle heraus, wie sich diese empirisch niederschlagen. Abschließend betteln wir öko-territoriale Konflikte um den Kupferbergbau in geopolitische Machtverhältnisse ein und befragen die Umkämpftheit territorialer Transformationsprozesse mit Bezug auf die Energiewende.

Öko-territoriale Konflikte um Bergbau in Peru

Beeinflusst von internationalen Wirtschaftszyklen und politischen Dynamiken schwankte die Bergbauförderung in Peru im Laufe der Jahre. Auf die Verstaatlichung vieler Bergbauunternehmen Ende der 1960er Jahre, die Stagnation der Investitionen in den Bergbausektor sowie die tiefe Wirtschaftskrise der 1980er folgte in den 1990er Jahren unter dem autoritären Regime Fujimoris eine Privatisierungs offensive (Torres-Zorrilla 2000: 7). Im Rahmen neoliberaler Strukturpassungen wurden vorteilhafte Rahmenbedingungen geschaffen, um den Bergbau mithilfe internationalen Kapitals auszuweiten (Ruiz Torres 2005: 203). Der Rohstoffboom ab den 2000ern förderte das Wirtschaftswachstum und führte zu einer Reduktion der Armutssquote von 58,7 auf 20,2 Prozent (Worldbank 2024a, Worldbank 2024b). Gleichzeitig erreichte die territoriale Expansion des Bergbaus neue Dimensionen, die Ökosysteme und lokale Gemeinschaften zusehends unter Druck setzen. Die Folgen umfassen Landvertreibung, Umweltverschmutzung, die Verletzung von Menschenrechten und internationale Abkommen wie der ILO-Konvention 169 sowie einen Anstieg an Gewalt in den Abbauregionen. Die Verteilung von Kosten

und Nutzen sind entlang intersektionaler Kategorien von Gender, Ethnizität und Alter ungleich verteilt. Geschlechtsspezifische Auswirkungen manifestieren sich etwa in zunehmenden ökonomischen Abhängigkeiten, dem politischen Ausschluss von Frauen² sowie einer Intensivierung feminisierter Sorgearbeit, weshalb auch von einer Maskulinisierung der Territorien gesprochen wird (García-Torres u.a. 2020, Silva Santisteban 2017).

Aufgrund der komplexen Auswirkungen begreifen wir Konflikte um Bergbau als relational (Dietz/Engels 2018) und öko-territorial (Svampa 2020). Dies bedeutet, dass ökologische, soziale oder ökonomische Auswirkungen des Bergbauextraktivismus in Wechselwirkung zueinander stehen. Des Weiteren beeinflusst Bergbau die vielfältigen kulturellen, menschlichen und nicht-menschlichen Beziehungen, die von den geografischen Gegebenheiten beeinflusst werden und die Territorien prägen (Fini 2016). Wie sich Bergbau als extraktivistisches Entwicklungsmodell trotz der hohen Zahl an Konflikten – die sich aktuell auf 59 beläuft (Ombudsbüro 2025: 26) – durchsetzt, verdeutlichen wir im Folgenden anhand der Mechanismen der extraktivistischen Biopolitik. Dabei erachten wir es als zentral, die konkrete Erfahrung sozio-territorialer Konflikte aus einer polit-ökologischen feministischen Perspektive sichtbar zu machen, die Körper und Territorien in den Blick nehmen.

Theoretische Konzeptualisierung: Körper und Territorien in der extraktivistischen Biopolitik

Das Konzept des Körper-Territoriums, das in Lateinamerika aus feministischer Perspektive eingebracht worden ist, setzt patriarchale, koloniale und kapitalistische Formen von Gewalt zueinander ins Verhältnis (Paredes 2017, Cabnal 2010).³ Es betont den Körper als erstes Territorium in der kollektiven Verteidigung des Lebens (ebd.). Hierbei verstehen autonome Feministen den Körper als Subjekt, d.h. nicht nur betroffen von den negativen Auswirkungen des Extraktivismus, sondern als Subjekt des Widerstands. Paredes (2017: 129) legt dar: »Unsere Körper sind der Ort, an dem Machtverhältnisse uns für das Leben prägen wollen, aber unsere Körper sind auch der Ort der Freiheit und nicht der Unterdrückung.«⁴ Von den Territorien ausgehend wird die Verwertung menschlicher und nichtmenschlicher Wesen als Objekte der extraktivistischen Produktion kritisiert.

2 Frauen/Männer verweist hier und im Folgenden auf ein gesellschaftlich zugewiesenes binäres Geschlecht unabhängig von den durch die Akteur*innen gewählten Geschlechtsidentitäten, die auch im non-binären/trans Spektrum liegen können.

3 Zur Übersicht über diverse Ansätze der Feministischen Umweltforschung siehe Dietz u.a. (2021).

4 Alle Zitate wurden von den Autor*innen vom Spanischen ins Deutsche übersetzt.

Während der Begriff des Körper-Territoriums von alltäglichen körperlichen Erfahrungen und Widerständen der lokalen Bevölkerung ausgeht, wird mit dem Begriff der extraktivistischen Biopolitik die strukturelle Macht und die gewaltvolle Durchsetzung des extraktivistischen Modells deutlich. Hoetmer (2013: 5) verweist damit auf eine materielle, institutionelle und symbolische Produktion von Bedingungen, die nicht-extraktivistische Lebens-, Organisations- und Wirtschaftsformen verunmöglichen. Der Begriff der Biopolitik geht auf Foucaults (1976) Konzeptualisierung der biopolitischen Macht zurück. Diese bezieht sich auf eine Regulierung der Bevölkerungen durch Gesundheits-, Sicherheits- und Sozialpolitik. Der Begriff wird auch herangezogen, um zu verdeutlichen, wie durch die Umsetzung extraktiver Projekte die Existenzbedingungen des Lebens reguliert werden (Rossi 2017). Machado (2013: 140) spricht von einem »ganzheitlichen System der Beherrschung, Kontrolle und Verfügung« über das gesellschaftliche Leben, das materielle sowie sozio-institutionelle Reproduktionsbedingungen umfasst. Biopolitische Auswirkungen auf Körper umfassen negative gesundheitliche Folgen der Schwermetallbelastung, physische Gewalt bei gewaltvoller Repression von Protesten und einen Anstieg an familiärer und sexualisierter Gewalt in Bergbauregionen (Heuser 2025). Die Verteidigung des Körpers als Territorium des Lebens wird daher zu einer zentralen Komponente im territorialen Verteidigungsprozess gegen die extraktivistische Biopolitik.

Mit Rückgriff auf Hoetmer (2013) stellen wir in unserer Analyse Mechanismen einer extraktivistischen Biopolitik heraus, die sowohl Voraussetzung als auch Konsequenzen der Ausweitung des Bergbaus sind. Zentral ist 1) die Konfiguration eines extraktivistischen Staates. Unter dem Stichwort *state capture* wird gefasst, wie sich die Interessen der ökonomischen Eliten in Institutionen und Gesetze einschreiben und vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Ausweitung des Bergbaus schaffen (Durand 2019). Dabei spielt sowohl eine Rolle, dass der peruanische Staat durch seine abhängige Position als Rohstofflieferant vom Weltmarkt bedingt wird (Thwaites Rey/Ouvina 2015), als auch, dass politische Entscheidungen zentralisiert in Lima getroffen werden – fernab der Territorien, in denen Bergbau stattfindet (Ramiro 2015). Ein weiterer Mechanismus ist 2) die Veränderung ökonomischer Strukturen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Durch die Monetarisierung von Wirtschaftsweisen und steigende Lebenshaltungskosten entstehen neue Abhängigkeiten wie auch Arbeitsmöglichkeiten. Es kommt zu einer Maskulinisierung formalisierter, entlohnter Arbeitsplätze im Tagebau bei gleichzeitiger Intensivierung feminisierter Sorgearbeit (z.B. durch erschwerten Zugang zu Trinkwasser). Feministische Autor*innen verdeutlichen dabei, dass Sorgearbeit eine Voraussetzung für die alltägliche Reproduktion von Arbeitskraft ist, auf der die globale Bergbau-Wertschöpfungskette beruht (Pérez u.a. 2019). In extraktivistischen Kontexten verstärken sich bereits bestehende soziale Ungleichheiten und patriarchale Machtverhältnisse. Eng damit verbunden ist 3) eine Transformation alltäglicher, familiärer und

intimer Beziehungen. In Abhängigkeit von der Kosten- und Nutzenverteilung entstehen widerstreitende Interessenlagen, die sich in sozialen Konflikten niederschlagen. Ein weiteres Merkmal ist 4) die radikale Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Diese geht einher mit der Verschlechterung landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen und der Zerstörung von Beziehungen zu nicht-menschlichen Wesen (de Echave u.a. 2022). Die extraktivistische Biopolitik operiert zudem 5) über die Kriminalisierung der Dissidenz. Das Schaffen repressiver Konditionen zielt nicht nur darauf ab, spezifische Protestaktionen und organisierten Widerstand zu zerschlagen, sondern jegliche Positionierung gegen das extraktivistische System zu delegitimieren, indem eine alltägliche Situation der Angst vor Repression geschaffen wird (ebd.: 84). Des Weiteren ist 6) eine Geopolitik des Wissens Teil der extraktivistischen Biopolitik. Dies wird als »epistemische Gewalt« (Spivak 1988) kritisiert, da lokale Wissensformen wie andine Kosmovisionen durch technisches Wissen überschrieben werden. Die Geopolitik des Wissens reproduziert damit eine historische und eurozentrische Kolonialität des Wissens (Quijano 2016).

Ergänzend zum dargelegten Verständnis einer extraktivistischen Biopolitik von Hoetmer (2013) erachten wir des Weiteren Narrative der (De-)Legitimierung als zentralen Mechanismus. Trotz vielfältiger Konflikte führt das Narrativ des Bergbaus als wichtiger Treiber von Entwicklung nicht nur unter den ökonomischen und politischen Eliten zu einem Konsens, sondern auch innerhalb breiter Gesellschaftsschichten. Während strukturelle Ungleichheiten naturalisiert werden, wird Bergbau über gesellschaftliche Narrative politisch und sozial legitimiert (Damonte 2014: 38f.). Konflikte um Bergbau werden im dominanten Diskurs hingegen vereinheitlicht, delegitimiert oder auf ökonomische Forderungen reduziert. Auch Narrative um Geschlechterverhältnisse sind wirkmächtig, um die Teilhabe von Frauen in Verhandlungs- und Entscheidungsräumen zu delegitimieren.

Konflikte und Widerstände im Tambotal und in Espinar

Im südlichen Bergbaukorridor, der die Regionen Apurímac, Cusco und Arequipa umfasst, konzentriert sich etwa 40 Prozent des nationalen Kupferabbaus (Maquet u.a. 2024: 15). Gleichzeitig ist die Region stark von Bergbaukonflikten geprägt, wie sich auch im Tambotal und in Espinar durch wiederkehrende, oftmals gewaltvoll unterdrückte Mobilisierungen der lokalen Bevölkerung zeigt (de Echave u.a. 2022). Während der industrielle Bergbau in Espinar durch das Projekt Tintaya-Antapaccay bereits seit Jahrzehnten entscheidend zur nationalen Kupferproduktion beiträgt, findet im Tambotal bisher kein aktiver Abbau statt. Die Konflikte unterscheiden sich zudem durch ihre geografischen und ökonomischen Bedingungen, die Ausgestaltung anzestraler Beziehungen zum Territorium sowie in den Beweggründen und dem Grad der Mobilisierung (Paredes 2022).

Die Kupfermine Tintaya-Antapaccay – betrieben vom Schweizer Bergbaukonzern *Glencore* – ist seit 1985 in Betrieb und soll durch den geplanten Tagebau Corocohuayco weiter ausgeweitet werden. Espinar verzeichnet eine lange Konflikt- und Protestgeschichte. Gründe dafür sind u.a. ökonomische Forderungen nach Gewinnbeteiligung, eine unzureichende Gesundheitsversorgung und die Schwermetallbelastung der Umwelt. 2023, ein Jahrzehnt nachdem Klagen gegen die Umweltauswirkungen laut wurden, hat eine technische Studie der Umweltbehörde *Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental* (OEFA) die Kausalität zwischen der Bergbauaktivität, Schwermetallbelastung und den gesundheitlichen Auswirkungen belegt (CooperAcción 2024). Dennoch weist das Unternehmen *Glencore* die Verantwortung von sich. Errungenschaften des Widerstandes sind das 2003 durchgesetzte Rahmenabkommen *convenio marco*, das Verantwortlichkeiten und finanzielle Aspekte regelt (Cuadros 2011), sowie das Errichten von Dialogräumen zwischen Vertreter*innen des Staates, des Unternehmens und der Zivilgesellschaft. Ein Großteil der Abkommen mit lokalen Gemeinschaften wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt und Formen der Gewinnbeteiligung sind entsprechend einer weitreichenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaft ungleich aufgeteilt. Lokale Akteur*innen verhandeln weiterhin die Bedingungen des Bergbaus und fordern mehr Mitbestimmungsrecht. Aufgrund einer gewissen positiven Erwartungshaltung positionieren sie sich dabei nicht per se gegen den Bergbau (Paredes 2022).

Im Tambotal, wo sich die geplanten Projekte Tia Maria und La Tapada befinden, ist bisher ein erfolgreicher Widerstand gegen den Bergbau zu verzeichnen. Dabei identifizieren sich lokale Akteur*innen nicht als Bergaugegner*innen, sondern verteidigen ihre Territorien unter Verweis auf die Landwirtschaft als Lebensgrundlage eines Großteils der Bevölkerung. Die Landwirtschaft beeinflusst das gesellschaftliche Leben und hat für die lokale Wirtschaft und die nationale Nahrungsmittelsouveränität einen wichtigen Stellenwert (de Echave u.a. 2022). Bereits seit 2009, mit wochenlang anhaltenden Protesten 2011, 2015 und 2019, leistete ein großer Teil der Bevölkerung Widerstand gegen den Beginn der Projekte. Trotz offizieller Genehmigung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie der Lizenz zum Bau der Infrastruktur wurden die Projekte bisher nicht umgesetzt. Während das Unternehmen *Southern Copper Corporation* und Befürworter*innen des Projekts die harmonische Koexistenz von Bergbau und Landwirtschaft versprechen, bringt die dem Bergbau kritisch gegenüberstehende Bevölkerung mit dem Slogan »Landwirtschaft ja, Bergbau nein!« ihr Misstrauen zum Ausdruck (Olarte u.a. 2022).

Analyse der extraktivistischen Biopolitik im südlichen Bergbaukorridor

Zur Analyse der Auswirkungen der extraktivistischen Biopolitik auf Körper und Territorien haben wir zwei empirische Fallbeispiele gewählt, die sich in ihrer Tempo-

ralität unterscheiden. Ausgehend vom Framing der Forderungen und dem lokalen Mobilisierungsgrad handelt es sich im Tambotal um einen Konflikt des Widerstandes gegen Bergbau, während Espinar einen Konflikt der (ökonomischen) Abhängigkeit darstellt (Paredes 2022: 3, 6f.). Wie wir im Folgenden darlegen, greifen im Tambotal dennoch ähnliche Mechanismen wie in Espinar, obwohl die Projekte Tía María und La Tapada bisher nicht umgesetzt wurden.

Konfiguration eines extraktivistischen Staates

Ein Mechanismus des *extraktivistischen Staates*, den wir im Folgenden herausstellen, ist seine ambivalente Umweltpolitik. Die peruanische Umweltpolitik hat sich im Zuge der Strukturanpassungsprogramme und der internationalen Forderung nach höheren Umweltstandards weiterentwickelt und unterliegt strengen Auflagen. Im Tambotal wird die technische Umweltverträglichkeitsprüfung als Legitimierung des Projekts herangezogen. Die lokale Bevölkerung kritisiert jedoch, dass wichtige Informationen fehlen und ihre Beobachtungen nicht berücksichtigt wurden (Ta.-IN 24.07.2019)⁵. Zudem ist die technische Sprache auch in Hinblick auf die Umweltstudie der OEFA in Espinar für nicht-Expert*innen nur schwer verständlich. Beide Fälle sind Ausdruck einer Hierarchisierung von Wissen, die die lokale Bevölkerung von wichtigen Entscheidungen ausschließt. Umstritten bleibt auch, welche Kriterien in der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden, welche Akteur*innen diese definieren und welches Naturverständnis dem zugrunde liegt. Problematisch ist zudem, dass in technischen, als apolitisch dargestellten Studien kulturelle und territoriale Aspekte der andinen Kosmovision vernachlässigt werden.

Die Erfahrungen im Tambotal verdeutlichen, wie der extraktivistische Staat versucht, sich über die Interessen der lokalen Bevölkerung sowie der Regionalregierung hinwegzusetzen. Obwohl das Unternehmen vorgeschriebene Partizipationsräume einräumte, in denen projektbezogene Informationen und Zweifel geteilt wurden, erhielt die lokale Bevölkerung keine Möglichkeit, über die Projektbedingungen mitzuentscheiden. 2009 stimmten in einer Bürger*innenbefragung über 90 Prozent gegen das Bergbauprojekt (Sullivan 2015). Da offizielle Voraussetzungen allerdings erfüllt wurden, hat sich der Staat hinsichtlich des Investitionsschutzes verpflichtet, die Umsetzung des Projektes zu ermöglichen. Der Mangel an Partizipationsmöglichkeiten steht im gesamten Bergbaukorridor im Fokus der Kritik (zur Demokratiefrage in der sozial-ökologischen Krisenbearbeitung siehe Kristina Dietz und Markus Wissen in diesem Beitrag). In Espinar fehlen Partizipationsräume insbesondere auch für Frauen, die bei kommunalen Versammlungen

5 Von den Autor*innen erhobene Interviews (IN) und Feldnotizen (FN) kennzeichnen wir mit Datum und Ort, auf den sich diese beziehen (Ta. für Tambotal, Es. für Espinar).

oftmals »assistieren, aber nicht teilnehmen dürfen« (Es.-IN, 20.05.2024). Ihr fehlendes Mitentscheidungsrecht ist eng verwoben mit struktureller Diskriminierung aufgrund fehlender Landtitel, eine wesentliche Voraussetzung für kommunales Mitspracherecht (Es.-IN, 04.09.2024). Eine patriarchale Verhandlungs- und Entscheidungslogik setzt sich durch, indem Abkommen unter Ausschluss von Frauen getroffen werden. De Assis (2016) und Silva Santisteban (2017) ordnen diese Logik des patriarchalen Pakts zwischen Männern als eine Kontinuität kolonialer und patriarchaler Gewalt ein.

Auch die vermeintliche *Abwesenheit des Staates* im Sinne eines »Mangel[s] an rechtlichen und administrativen Kapazitäten zur Überwachung der Bergbauaktivitäten« (de Echave u.a. 2022: 209) verstehen wir als Ausdruck einer extraktivistischen Biopolitik. In vielen Bergbauregionen übernehmen Unternehmen staatliche Aufgaben wie die Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen und legitimieren darüber ihre Präsenz. Entsprechend versuchte bereits vor Beginn der Bergbauaktivitäten das Unternehmen im Tambotal soziale Legitimität zu erreichen, indem Dienstleistungen bereitgestellt und lokale Unternehmen gefördert wurden. In Espinar zeigt sich jedoch, dass wichtige Dienstleistungen, wie ein funktionierendes Gesundheitswesen und asphaltierte Straßen, auch nach 40 Jahren des industriellen Bergbaus weiterhin fehlen. Der erhöhte Pflegebedarf durch die Umweltbelastung wird zudem nicht kompensiert, sondern fällt größtenteils auf Frauen zurück, die sich um erkrankte Familienmitglieder kümmern. Zudem ist der *convenio marco* immer wieder Gegenstand von Konflikten. In Espinar klassifizieren wir den Staat als teilweise abwesend. Zwar richtet er Dialogräume wie die *mesas de dialogo* ein, zeigt sich jedoch unfähig, den Konflikt zu lösen. Gleichzeitig ist der zentralistische Staat auf eine bestimmte Weise anwesend: politische und wirtschaftliche Interessen werden von Lima aus durchgesetzt und ebnen den Weg für extractive Projekte. Auch durch die finanziellen Abgaben des *Canon Minero* – der Umverteilung eines Teils der Einnahmen aus dem Bergbau an die Anbauregionen – wird der Handlungsspielraum der Lokalregierung gestärkt. Zudem zeigt sich die Präsenz des Staates in der gewaltvollen Repression aktiver Mobilisierungen. Aufgrund der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit sprechen wir daher nicht von einer absoluten, sondern von einer vermeintlichen Abwesenheit des Staates.

Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Durch die staatliche Enteignung des Territoriums der lokalen Gemeinschaft von Antaycama in Espinar kam es in der Provinz ab 1981 zu tiefgreifenden territorialen Veränderungen. Die lokale Bevölkerung verlor infolgedessen Zugang zu kommunalem Land (Cáceres/Rojas 2013: 39ff.). Dies interpretieren wir als eine Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Das Untergraben der Beziehungen zum Territorium durch Zwangsumsiedlungen hat dabei einen sozio-kulturellen Charakter, wie

eine Menschenrechtsaktivistin in Arequipa betont: »Wenn sie dir dein Territorium wegnehmen, nehmen sie dir nicht nur dein Haus weg, einen physischen Raum, in dem du leben und schlafen kannst, sondern sie nehmen dir auch deine Kultur, deinen Lebensraum« (Ta.-IN, 2019/2). Deutlich wird hier, dass Bergbau häufig mit der Zerstörung territorialer Beziehungen einhergeht und nicht nur einen gewaltvollen Akt gegen Menschen, sondern ebenso gegen nicht-menschliche Wesen darstellt.

Auch mit der Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden durch die Schwermetallbelastung transformieren sich in ruralen Regionen alltägliche und gesellschaftliche Naturbeziehungen. In unmittelbarer Nähe zum Tagebau in Espinar zeigt sich durch das häufige Erkranken menschlicher und nicht-menschlicher Körper eine durch den Extraktivismus hervorgerufene *inviabilidad* (dt. Verunmöglichung) der Land- und Viehwirtschaft. Die Lebensbedingungen in räumlicher Nähe zum Tagebau sind geprägt von Wasserverschmutzung, kontaminierten Lebensmitteln sowie konstanter Lärm- und Staubbela stung, doch ist dies im Alltagsverständnis der Bewohner*innen der Provinz Espinar zu einem hohen Grad normalisiert (Es.-FN, 04.07.2024). Eine solche Entwicklung wird auch im Tambotal befürchtet. Umso mehr, da das Unternehmen für Umweltverschmutzungen bekannt ist. Die Landwirtschaft ist abhängig vom Zugang zu fruchtbaren Böden und der lokalen Organisation der Wasserverteilung über die *junta de usuarios* (dt. Wassernutzungskollektive). Sie konkurriert mit dem Bergbau um knappe Wasserressourcen. Während Bergbauunternehmen hinsichtlich Wasserzugang rechtlich privilegiert werden, herrscht in lokalen Gemeinschaften in räumlicher Nähe zum Tagebau in Espinar Wasserknappheit (Es.-FN, 17.06.2024).

Radikale Transformation lokaler Ökonomien und alltäglicher Beziehungen

Die extraktivistische Biopolitik entfaltet sich nicht nur als politisches Projekt, sondern transformiert kommunitäre Organisationsweisen in Richtung einer Monetarisierung ökonomischer und sozialer Beziehungen. Im Tambotal ist die Agrarwirtschaft seit Generationen die wichtigste Einkommensquelle. Derzeit sind über 45 Prozent der lokalen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (Aste 2020). Sie sorgt für fünfmal mehr lokale Arbeitsplätze als vom Bergbauunternehmen versprochen wird. Die vergleichsweise hohen Löhne der Erntehelfer*innen sind Bestandteil einer Wirtschaft, die bereits seit vielen Jahren monetarisiert ist. Es handelt sich um eine großflächige, nicht-industrialisierte Nahrungsmittelproduktion. Hier ist es wichtig, den Unterschied zu Espinar hervorzuheben, wo die Monetarisierung erst mit dem Beginn des Bergbaus einzusetzte (de Echave u.a. 2022: 189). Für das alltägliche Leben bedeutete diese Entwicklung einen erheblichen Anstieg der Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger ökonomischer Abhängigkeit. Während Viehzucht weiterhin eine wichtige ökonomische Aktivität darstellt, wurden neben dem Ausbau des Bergbaus als zentralem wirtschaftlichem Pfeiler

kaum staatliche Investitionen in andere ökonomische Bereiche getätigt. Zudem ist ein Prozess der Individualisierung gemeinschaftlicher Organisations- und Wirtschaftsweisen zu verzeichnen. Wie eine Bewohnerin aus *Alto Huarca*, einer lokalen Gemeinschaft in der Nähe des Tagebaus, berichtet, arbeitet heute im Gegensatz zu früheren kommunalitären Organisationsweisen »jede Familie für sich« (Es.-FN, 04.07.2024). Ein solcher Individualisierungsprozess führt zu einer Spaltung der Gesellschaft. Die Befürwortung oder Ablehnung des Bergbaus ist außerdem eng verknüpft mit persönlichen ökonomischen Gewinnaussichten. Ein hoher Grad an sozialer Konfliktivität, Korruption und gegenseitigem Misstrauen zwischen lokalen Akteur*innen ist in beiden Fällen erkennbar.

Kriminalisierung der Dissidenz und soziale Stigmatisierung

Die oftmals verzeichnete gewaltvolle Unterdrückung von Anti-Bergbau-Protesten und die Kriminalisierung jeglicher Dissidenz zum hegemonialen extraktivistischen Staat stellt einen weiteren zentralen Mechanismus der extraktivistischen Biopolitik dar. Bei Protesten im südlichen Bergbaukorridor erfolgt häufig eine Ausrufung des politischen Ausnahmezustands (de Echave u.a. 2022: 207). Dieser räumt den staatlichen Sicherheitskräften Sonderrechte ein und hat oftmals eine Militarisierung der Region zur Folge. Die im peruanischen Gesetz Nr. 30151 verankerte sogenannte »Lizenz zum Töten«, die Polizist*innen, die während ihres Dienstes Gewalt anwenden, vor einer Strafverfolgung schützt (Neyra 2018: 6), verdeutlicht den repressiven Charakter. Während der Proteste 2011 und 2015 im Tambotal setzte die Polizei Tränen-gasbomben ein. Acht Personen wurden getötet (de Echave u.a. 2022: 184). Auch in Espinar forderte die gewaltvolle Repression sozialer Proteste im Jahr 2012 Todesopfer und Verletzte. Aus Angst vor politischer Verfolgung und sozialer Stigmatisierung (im Falle geschlechtsspezifischer Gewalt) wird Gewaltanwendung von Seiten der Polizei oft nicht angezeigt und/oder Protestakteur*innen lassen ihre Verletzungen nicht im Krankenhaus behandeln, um einer namentlichen Registrierung zu entgehen (Ta.-IN 20.07.2019, Es.-IN, 26.04.2024). Die Kriminalisierung der Protestierenden hört nicht mit dem Abflauen der Proteste auf. Neben der gewaltvollen Repression während der Proteste werden die Anführer*innen sozialer Organisationen und Protesteinheiten auch im Nachklang mit jahrelangen juristischen Prozessen und Haftstrafen konfrontiert (Ta.-IN 07.01.2022). Insbesondere bergbaukritische Persönlichkeiten wie der Bürgermeister Oscar Mollohuanca, eine zentrale Figur des territorialen Verteidigungsprozesses in Espinar, sind der Gefahr einer Kriminalisierung ausgesetzt. Im Tambotal wird daher mittlerweile davon abgesehen, offizielle Anführer*innen zu benennen (Ta.-IN, 20.07.2019).

Die Bergbauunternehmen entwickeln eigene Strategien zur Durchsetzung ihrer Interessen. Während *Glencore* in Espinar zunächst eine repressive Strategie verfolgt, setzt es heute insbesondere auf die soziale Spaltung der Gesellschaft durch Differ-

mierungskampagnen in den sozialen Medien und regionalen Radios. Zudem werden die Interessensvertreter*innen des Unternehmens in soziale und politische Institutionen eingeschleust. Nach Jahrzehnten des Konflikts ist das Bergbauprojekt Tintaya-Antapaccay Teil des Alltags der lokalen Bevölkerung geworden, dieses ist nicht nur »physisch in Form des Tagebaus« sondern auch »im sozialen Leben der Menschen« präsent (Es.-IN, 13.05.2024). Auch im Tambotal wird über Diffamierungskampagnen und Korruptionsvorwürfe Misstrauen unter der Bevölkerung geschürt (Ta.-IN 20.07.2019).

Geopolitik des Wissens und Narrative der De-/Legitimierung

Eine Geopolitik des Wissens drückt sich in der unter den politischen Eliten verbreiteten Überzeugung aus, dass lokale Akteur*innen nicht über genügend technisches Wissen und Organisationskapazität verfügen, um über die »Zukunft ihrer Leben, Körper und Territorien« (Hoetmer 2013) zu entscheiden. Der interne Rassismus gegen die andine Bevölkerung, von dem diese Auffassung zeugt, wird auch durch unsere Analysen bestätigt, die zeigen, dass sich in der Zu- und Absprache von Wissen intersektionale Ungleichheiten entlang von Ethnizität und Gender verknüpfen. So erfahren in politischen Versammlungen insbesondere quechuasprechende Frauen Diskriminierung, indem ihnen Bildung, Führungsqualitäten und sprachliche Kompetenz abgesprochen wird (Es.-IN, 04.09.2024). Patriarchale Strukturen finden sich sowohl in kommunalpolitischen Organisationsweisen als auch in Verhandlungsräumen mit den Bergbauunternehmen und staatlichen Akteur*innen wieder. Wie in Espinar deutlich zu beobachten ist, sind Frauen, die sich politisch engagieren, einer starken sozialen Stigmatisierung ausgesetzt. Neben sexistischen Beleidigungen, der Infragestellung ihrer Paarbeziehungen, sozialer Ausgrenzung und dem Vorwurf, Geld von ausländischen NGOs zu erhalten, wird ihnen vorgeworfen, die ihnen zugeschriebene (heteronormative) familiäre Rolle aufgrund ihres gesellschaftspolitischen Engagements nicht zur Genüge zu erfüllen (Es.-IN, 05.04.2024). Um Vorwürfen des institutionalisierten *machismo* zu begegnen, verweisen Männer auf die Integration von Frauen in die Lokalregierung: Espinar wird derzeit von einer Bürgermeisterin regiert. Zugleich werden jedoch die politischen Führungsqualitäten von Frauen konstant in Frage gestellt. Um der Stigmatisierung zu begegnen, entwickeln Umweltverteidigerinnen eigene Strategien. Beispielsweise treten sie gezielt mit anderen Frauen und Kindern auf, um der Unterstellung aufserehelicher Beziehungen entgegenzuwirken. Sie gründen eigene Frauen-Organisationen oder verschaffen sich in gemischten Organisationen Gehör, indem sie Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit mit der ihnen zugewiesenen Rolle als Sorgetragende für das Wohlergehen der Kinder und der Familien verknüpfen (Es.-IN, 12.07.2024). Gleichzeitig kritisieren sie den *machismo* innerhalb sozialer Organisationen. Sie

machen damit deutlich, dass die Überwindung einer extraktivistischen Biopolitik notwendigerweise ein anti-patriarchaler Kampf sein muss.

Die Geopolitik des Wissens wird in den von uns erhobenen empirischen Studien sichtbar: Während die Umsetzung von Bergbauprojekten als »technisch« und »offiziell« durch die Erfüllung bürokratischer Anforderungen legitimiert wird, wird Kritik als technisch unbegründet zurückgewiesen. Über solche Narrative werden Widerstände als politisch motiviert und entwicklungsfeindlich verunglimpft (Es.-IN, 04.07.2024). Protestierende werden zudem als *terruqos* (dt. Terrorist*innen) de-nunziert (Es.-IN, 05.04.2024, Ta.-IN 2019/1). Mit dieser Bezeichnung wird die gesellschaftliche Gewalterfahrung durch den bewaffneten internen Konflikt in Peru instrumentalisiert, der von linksextremen Organisationen ausging und vom autoritären Regime Fujimoris in den frühen 1990er Jahren gewaltsam bekämpft wurde (Henriquez 2022). Des Weiteren ist das Narrativ vom Bergbau als Antrieb von Entwicklung weiterhin präsent und wird verwendet, um entsprechende Bergbauprojekte gesellschaftlich und politisch zu legitimieren. Die Bevölkerung wird zudem als arm, ineffizient und ohne ökonomisches Kalkül bezeichnet. Der Vorwurf lautet, Entwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsplätze würden der zukünftigen Generation vorenthalten (Ta.-IN 2019/1). Narrative stellen einen wirkmächtigen Mechanismus dar, um trotz der Konflikthaftigkeit einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit von Bergbau für Entwicklung herzustellen. Auch wird darüber eine Durchsetzung von Bergbauprojekten gegen lokale Widerstände legitimiert.

Ergebnis und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag haben wir am Beispiel des Kupferbergbaus zwei öko-territoriale Konflikte im südlichen Bergbaukorridor Perus vor dem Hintergrund der extraktivistischen Biopolitik und des Körper-Territoriums analysiert. Ziel war, die Bedingungen und die Umkämpftheit lokaler territorialer Transformationsprozesse sichtbar zu machen. Unsere Analyse zeigt anhand verschiedener Mechanismen die strukturelle Gewalt gegen Körper und Territorien. In diese schreiben sich, vermittelt über staatliche Institutionen und die lokalen Abbauunternehmen, Dynamiken des internationalen Marktes ein. Bestehende soziale Ungleichheiten vertiefen sich entlang von Gender als intersektionaler Kategorie.

Trotz unterschiedlicher Temporalitäten, Forderungen und Mobilisierungen lassen sich Parallelen der Ausgestaltung der extraktivistischen Biopolitik in den beiden Regionen Espinar und Tambotal beobachten. Als besonders zentral erachteten wir die Mechanismen des extraktivistischen Staates, welcher die nötigen Rahmenbedingungen für den Bergbau schafft und repressiv auf öko-territoriale Konflikte reagiert. In beiden Fällen ist zudem eine radikale Veränderung der gesell-

schaftlichen Naturverhältnisse sowie eine Verschiebung ökonomischer Strukturen erkennbar. Während die sozialen und ökologischen Implikationen dieser Entwicklungen in Espinar deutlich zu Tage treten, handelt es sich im Tambotal um eine Besorgnis möglicher zukünftiger Auswirkungen. Ein weiterer Aspekt, der sich über langjährige Konflikte in beiden Fällen herauskristallisiert hat, ist die Transformation sozialer Beziehungen, wesentlich angetrieben durch Strategien der Unternehmen, den Zusammenhalt der lokalen Bevölkerung zu schwächen. Dabei sticht eine Kriminalisierung der sozialen Proteste und der Dissidenz sozialer Akteur*innen hervor. In Espinar berichten Umweltverteidiger*innen, dass sich neben der allgemeinen Kriminalisierung ihres Protestes eine soziale Stigmatisierung vollzieht, durch die sich patriarchale Strukturen reproduzieren. Obgleich Frauen von Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zu den Protesten und in der Konstruktion alltäglicher Alternativen, die ein Überleben trotz den Bedingungen der *inviabilidad* ermöglichen. Als Ergänzung zum Konzept der extraktivistischen Biopolitik haben wir Narrative als zentralen Mechanismus herausgearbeitet, die zur Legitimierung von Bergbau und Delegitimierung des Widerstands dagegen beitragen.

Mit Verweis auf die Energiewende und den weltweit steigenden Bedarf an Kupfer halten wir es für zentral, über die Analyse der Mechanismen der extraktivistischen Biopolitik die öko-territorialen Auswirkungen des Kupferabbaus kritisch zu hinterfragen. Nicht zuletzt wird damit deutlich, wie das extraktivistische System abgesichert und soziale Ungleichheiten im Kontext der Energiewende reproduziert werden. Die extraktivistische Biopolitik kann als wirkmächtiger Mechanismus verstanden werden, der die Internalisierung der sozio-ökologischen Kosten der Energiewende ermöglicht. Territoriale Transformationsprozesse mit Bezug auf die Energiewende bleiben dabei lokal und global umkämpft.

Literaturverzeichnis

- Aste Daffós, Juan (2020): Riesgos y Potenciales Del Valle de Tambo En Tiempos de La COVID-19 y Reactivación Económica. Lima.
- Cabnal, Lorena (2010): Feminista siempre. Feminismos diversos: el feminismo comunitario. Madrid.
- Cáceres, Eduardo/Rojas, Jaime (2013): Minería, Desarrollo y Gestión municipal en Espinar. Lima.
- CooperAcción (2024): Contaminación en Espinar: Causalidad comprobada. Documento de socialización sobre los resultados de los informes de OEFA. Cusco.
- Cuadros, Pablo O'Brien (2021): Los fondos sociales y convenios marco en el Corredor Minero del Sur. Diagnóstico y lecciones aprendidas. Lima.

- Damonte, Gerardo (2014): El Modelo Extractivo Peruano: Discursos, Políticas y la Reproducción de Desigualdades Sociales. In: Göbel, Barbara/Ulloa, Astrid (Hg.): Extractivismo Minero en Colombia y América Latina. Bogotá/Berlin: 37–73.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2018): Field of Conflict. Ein relationaler Ansatz zur Analyse von Konflikten um Land. In: GLOCON Working Paper, No. 1, Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-2775>.
- Dietz, Kristina u.a. (2021): Gender, Nature, Body – Ecological Crises and Conflicts over Nature from Feminist Perspectives. In: TrAndes Material Docente, No. 19, Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-30511>.
- Durand, Francisco (2019): La captura corporativa del Estado en América Latina. trAndeS Working Paper Series 8. Berlin. DOI: <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-4004>.
- de Echave, José u.a. (2022): ¿Cómo volver a vivir tranquilos? Biopolítica extractivista y posestallido de los conflictos ecoterritoriales. Lima.
- Europäische Kommission (2023): Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023 – Final Report. Brüssel. URL: <https://data.europa.eu/doi/10.2873/725585>, Zugriff: 19.3.2025.
- Fini, Daniele (2016): Territorio como paradigma en las luchas sociales contemporáneas. In: Navarro Trujillo, Mina Lorena/Fini, Daniele (Hg.): Despojo capitalista y luchas comunitarias en defensa de la vida en México. Mexiko-Stadt: 93–110.
- Foucault, Michel (1977): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt a.M.
- Gregoir, Liesbet (2022): Metals for Clean Energy. Pathways to solving Europe's raw materials challenge. Leuven.
- Henriquez, Narda (2022): Violencia política, cuestiones de género y memorias en disputa en el Perú. In: Arias, Enrique/González Arana, Roberto/Kemner, Jochen/Peters, Stefens (Hg.), Violencias y resistencias: América Latina entre la historia y la memoria. Madrid: Ediciones Doce Calles, 209–232.
- Hoetmer, Raphael (2013): »Esta democracia ya no es democracia ...«. Siete hipótesis exploratorias sobre biopolítica extractivista, la criminalización de la disidencia y alternativas. URL: http://economia-solidarias.unmsm.edu.pe/sites/default/files/Hoetmer_Biopol%C3%ADtica%20Per%C3%BA.pdf, Zugriff: 27.11.2024.
- Heuser, Alina (2025): Geschlechterverhältnisse in Konflikten um Kupferbergbau in Peru. In: Burchhardt, Hans-Jürgen u.a. (Hg.): Grüne Energiewende in Lateinamerika. Reihe Studien zu Lateinamerika. Baden-Baden: 163–180.
- International Energy Agency IEA (2021): Net Zero by 2050 – A Roadmap for the Global Energy Sector. URL: <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>, Zugriff: 28.11.2024.
- Machado, Horacio (2013): Crisis ecológica, conflictos socioambientales y orden neocolonial: Las paradojas de Nuestro América en las fronteras del extractivismo. In: Revista Brasileira de Estudos Latino-Americanos, 3(1): 118–155.

- Maquet, Paul u.a. (2024): Transición justa: El cobre para la transición energética y el corredor del sur andino. Lima.
- Müller, Melanie u.a. (2022): Von der Rohstoffkonkurrenz zur nachhaltigen Rohstoff-außopolitik. Berlin. DOI: <https://doi.org/10.18449/2022S13>.
- Neyra, Raquel (2018): Conflictos socioambientales en el Perú, extractivismo, colonialidad y violencia: La colonialidad como elemento vector del extractivismo. In: trAndeS Working Paper Series 4, Berlin.
- Olarte-Sánchez, Lorena u.a. (2022): Reproducing the Imperial Mode of Living in Times of Climate Crisis: Green(ing) Extractivisms and Eco-territorial Conflicts in the Chilean, Mexican and Peruvian Mining Sector. In: Forum for inter-american research (fiar), 15 (2): 85–105.
- Ombudsbüro (2025): Reporte de conflictos sociales, Nr. 251. Enero 2025. URL: <https://www.defensoria.gob.pe/wp-content/uploads/2025/02/Reporte-Mensual-de-Conflictos-Sociales-N-251-Enero-2025.pdf>, Zugriff: 12.2.2025
- OEC (2021): The Observatory of Economic Complexity. Peru. URL: <https://oec.world/en/profile/country/per>, Zugriff 27.08.2024.
- Paredes, Julieta (2017): Hilando fino desde el feminismo comunitario. In: de Santiago Guzmán, Alejandra u.a. (Hg.): Mujeres intelectuales. Feminismos y liberación en América Latina y el Caribe. Buenos Aires: 111–140.
- Paredes, Maritza (2022): One industry, different conflicts: A typology of mining mobilization. In: The Extractive Industries and Society 9(101052), 1–9. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2022.101052>.
- Pérez, Leda M. u.a. (2019): Las cuidadoras de los mineros: género y gran minería en Cotabambas. Lima. DOI: <http://dx.doi.org/10.21678/978-9972-57-431-3>.
- Quijano, Aníbal (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien, Berlin.
- Ramiro, Franklin Miranda Valdivia (2015): La descentralización centralista en el Perú: entre la crisis y el crecimiento 1970–2014. In: Investigaciones Sociales, 19 (34): 153–167. DOI: <https://doi.org/10.15381/is.v19i34.11758>.
- Rossi, Leonardo (2017): Agronegocios y megaminería, modelos biopolíticos en territorio argentino. In: Crítica y Resistencias. Revista de conflictos sociales latino-americanos, (4): 50–66.
- Ruiz Torres, Guillermo (2005): Neoliberalism under Crossfire in Peru: Implementing the Washington Consensus. In: Soederberg, Susanne u.a. (Hg.): Internalizing Globalization. The Rise of Neoliberalism and the Decline of National Varieties of Capitalism. New York. DOI: https://doi.org/10.1057/9780230524439_11.
- Silva Santisteban, Rocio (2017): Mujeres y conflictos ecoterritoriales. Impactos, estrategias, resistencias. Lima.
- Svampa, Maristella (2020): Die Grenzen der Rohstoffausbeutung Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika. Bielefeld.

- Sullivan, Lynda (2015): Peru's Tia Maria Mining Conflict: Another Mega Imposition (11.06.2025). URL: <https://upsidedownworld.org>, Zugriff 11.6.2015.
- Torres-Zorrilla, Jorge (2000): Una estrategia de desarrollo basada en recursos naturales: análisis «cluster» del complejo de cobre de la Southern Perú. URL: <https://idl-bnc-idrc.dspacedirect.org/items/3664c64d-35bc-4809-9920-46odc6283774>, Zugriff: 28.11.2024.
- Thwaites Rey, Mabel/Ouvina, Hernán (2015): Staatlichkeit in Lateinamerika revisited. Die Dimension des Widerspruchs. In: Jenss, Alke/Pimmer, Stefan (Hg.): Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation. Münster: 59–84.
- Worldbank 2024a: GDP growth (annual %) – Peru. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=PE>, Zugriff 15.2.2024.
- Worldbank 2024b: Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population) – Peru. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=PE>, Zugriff: 15.2.2024.

